

Herr Borchardt, seit der Finanzkrise erleben wir in der Weltwirtschaft ständig Überraschungen. Was können wir heute noch aus der Wirtschaftsgeschichte lernen?

Genau dies: Dass eine Zukunft ohne Überraschungen das Überraschendste wäre, was uns passieren kann. Das vergessen Ökonomen, die glauben, alles lasse sich mit mathematischen Modellen erklären. Die Wirtschaftsgeschichte macht auf die Veränderlichkeit von Zuständen aufmerksam. Sie lehrt, dass die Ökonomie in Wechselwirkung mit anderen gesellschaftlichen Phänomenen steht. Man muss die Akteure und deren Handlungsspielräume kennen.

Dass die Bundeskanzlerin aus dem Osten kommt und den Umbruch von 1989/90 erlebt hat, hilft ihr in den aktuellen Krisen?

Eine interessante Idee. Da gibt es auf einmal eine Situation, mit der niemand gerechnet hat. Und mit der muss man fertig werden.

Zum Beispiel mit der Schuldenkrise im Euroraum. Der Süden versinkt in Arbeitslosigkeit und Depression. Spart Merkel diese Länder kaputt?

Es gibt für die heutige Lage in Südeuropa eine frappierende Parallele in unserer eigenen Geschichte: die wirtschaftliche Krise Deutschlands in der Weimarer Republik. Das Deutsche Reich war schon 1929/30 eine Bananenrepublik, es bekam praktisch keinen Kredit mehr. Bis heute wird der damalige Reichskanzler Heinrich Brüning als ein

„Es kann legitim sein, vom geltenden Recht abzuweichen. Wenn man Erfolg hat.“

Beispiel für falsche Sparpolitik gehandelt. Aber angesichts der Probleme hatte er kaum andere Möglichkeiten.

Warum?

Inklusive Reparationen und privaten Auslandsschulden lag die deutsche Verschuldung 1930 bei 90 Prozent des Sozialprodukts. Aber für solche statistischen Größen interessierte sich damals niemand. Der Punkt war: Deutschland hat über Jahre mehr importiert als exportiert, und es hatte enorme Defizite in den öffentlichen Haushalten. Das alles wurde größtenteils über Auslandskredite finanziert, die vor allem amerikanische Banken sehr großzügig gewährten. Das Reparationsregime schien eine Garantie dafür zu sein, dass diese Kredite bedient wurden.

Auch Staatsanleihen aus Portugal oder Griechenland galten nach dem Eurobeitritt als sehr sicher.

Das war eine ähnliche Situation. 1929 änderte sich in Deutschland die Geschäftsgrundlage. Der Transfer der Reparationen war mit dem Young-Plan nicht mehr garantiert. Auf einmal wurde den Leuten auch klar, dass Deutschland wegen seines Defizits im Außenhandel die Schulden gar nicht langfristig bedienen konnte. Deshalb gaben die amerikanischen Banken nun keine neuen Kredite mehr.

Aber während der goldenen Zwanziger, also von 1925 bis 1929, stand Deutschland doch gut da?

Alle hatten diesen Eindruck. Aber das war eine Fehleinschätzung, ähnlich wie während des Booms in Südeuropa: Es war auch damals eine geborgte Konjunktur, die den Politikern einige Jahre lang die Lösung der ersten Probleme abnahm. Die Produktivität stieg kaum, der private und öffentliche Konsum lag hingegen höher als vor dem Ersten Weltkrieg. Im Ausland hat das Zorn erregt: Die Deutschen behaupteten, sie könnten keine Reparationen zahlen, dabei gaben die öffentlichen Hände mehr Geld aus als die Siegermächte.

Politisch war das nötig, um die fragile Republik zu stabilisieren?

Das ist der Punkt. Ökonomisch sieht das alles wie ein Hasardspiel aus. Politisch ging es seit dem Kriegsende und der schrecklichen Inflation von 1914 bis 1923 darum, diese instabile Republik zu festigen. Da außenpolitisch keine Erfolge vorzuweisen waren, ging das nur über den Geldbeutel – durch neue Sozialleistungen und eine großzügige Lohnbewegung.

In den Städten sieht man noch immer die öffentlichen Großbauten aus dieser Zeit: Sozialwohnungen, Krankenhäuser, Schulen, Sportstätten – fast wie die Flughäfen und Schnellbahnen in Spanien.



„Bis heute gilt Heinrich Brüning als ein Beispiel für falsche Sparpolitik.“ Knut Borchardt im Arbeitszimmer seines Hauses in der Nähe von München.

Foto: Jan Roeder

„Es ist verrückt, was heute geschieht“

Die Ökonomen verstehen die Krise nicht, sagt der Historiker Knut Borchardt. Dabei müssten sie nur die deutsche Geschichte kennen, um die Misere in Südeuropa zu durchschauen.

Da wurde Großartiges geschaffen. Aber es war der ökonomischen Lage nicht angemessen. Schon vor der Weltwirtschaftskrise hatte das Reich Mühe, seine Beamten jeweils pünktlich zu bezahlen, weil kein Geld in der Kasse war. Es gab abenteuerliche Ideen, das Defizit zu finanzieren. SPD-Finanzminister Rudolf Hilferding legte Ende 1929 eine Anleihe auf, die reichen Anlegern eine Rendite von bis zu 14 Prozent gebracht hätte, weil ihre Zinsen steuerfrei sein sollten. Aber selbst sie fand nicht genug Käufer. Deutschland ist bereits mit einem gewaltigen Sanierungsproblem in die Krise hineingegangen.

Dann kam Brüning und schwenkte plötzlich aufs Sparen um?

Nicht plötzlich. Schon die Vorgänger mussten sparen. Übrigens hat Brüning schon 1926 vor den Gefahren einer keynesianischen Wirtschaftspolitik gewarnt. Damals entwarf die Regierung ein Programm zur Arbeitsbeschaffung und senkte die Steuern. In einem Brief an den Reichskanzler warnte Brüning: Wenn es nötig ist, die Steuern wieder zu erhöhen, werden die Parteien nicht die Kraft dazu finden.

Zur Haushaltskonsolidierung gehörten nach Brünings Verständnis nicht nur Einsparungen, sondern auch höhere Steuern?

Selbstverständlich. Seine Regierung führte eine Krisensteuer ein und erhöhte die rasch einnahmewirksamen Verbrauchsteuern sowie die Umsatzsteuer. Insgesamt wollte er Bedingungen herstellen, um Wachstum wieder möglich zu machen. Der Ökonom Wilhelm Röpke hat das 1931 so formuliert: Man muss erst den Motor in Ordnung bringen, dann kann man Gas geben. Das ist der Weg, den man jetzt auch mit Südeuropa versucht. Ob es am Ende erfolgreich ist, kann niemand voraussagen.

John Maynard Keynes hat sein Hauptwerk erst 1936 veröffentlicht. Wie konnte Brüning eine Theorie kritisieren, die es noch gar nicht gab?

Dass man durch Staatsausgaben auch Arbeitsplätze schaffen kann, wusste man schon vor dem Ersten Weltkrieg. Nach der Niederlage

1918 hat man hohe Defizite erst recht in Kauf genommen, um die innenpolitische Lage zu beruhigen. Aber die Folgen einer solchen Politik standen den Deutschen seit der Hyperinflation von 1923 dramatisch vor Augen. Dieses Trauma reicht bis heute.

Übertreiben es die Deutschen mit ihrer Inflationsangst?

Das mag sein. Aber ich bekenne angesichts der heutigen Politik der Europäischen Zentralbank: Wenn man mir vor zehn Jahren gesagt hätte, dass eine solche massive Geldschöpfung nicht zu Preissteigerungen führt, dann hätte ich diesen Menschen für verrückt gehalten.

Wie erklären Sie sich das?

Das kann ich mir nur dadurch erklären, dass das neu geschaffene Geld im Finanzkreislauf verbleibt.

In der Weltwirtschaftskrise sperrte sich die Reichsbank strikt gegen eine lockere Geldpolitik. Dafür wurde sie später hart kritisiert.

Eine monetäre Staatsfinanzierung war nach dem Reichsbankgesetz nicht erlaubt, wie auch jetzt nach den Statuten der Europäischen Zentralbank nicht. Die große Frage ist: Wann liegt ein Ausnahmestandard vor, der ein Abweichen vom geltenden Recht als legitim erscheinen lässt? Die Antwort hängt von den Umständen ab – und vom Erfolg. Die Geschichte ist voll von Situationen, in denen ein Beharren auf dem Rechtszustand scheinbar zu politisch untragbaren Zuständen geführt hätte. Das lässt sich erst im Nachhinein feststellen.

In der Euro-Krise ist es zu früh, darüber zu richten?

Wir wissen noch nicht, ob in der weiteren Zukunft die Einsamm-

lung der Überschussgelder funktioniert. Allerdings gibt es heute viele solcher Phänomene, die man früher nicht verstanden hätte. Zum Beispiel finanziert sich das reiche Amerika schon seit zwei Jahrzehnten mit Kapitalien aus dem armen China. In meiner Studienzeit hätte ich gedacht, so etwas gibt es nicht. Kann es auf Dauer funktionieren? Niemand weiß es.

Hätte Brüning nicht einfach die Mark abwerten können, um Deutschland wieder wettbewerbsfähig zu machen?

So, wie man heute den Südeuropäern empfiehlt, aus dem Euro auszuscheiden. Aber die Änderung des Wechselkurses wäre ein Grauen gewesen, weil man die alten Schulden noch in Goldwerten hätte bezahlen müssen, einschließlich der Reparationen. Das gilt auch für die Importe. Ein Krisenland wie das Deutsche Reich hätte ja nicht von einem Tag auf den anderen einen Exportüberschuss erwirtschaftet. Niemand hat seinerzeit an einen Austritt der Deutschen aus dem Goldstandard gedacht, das war im Übrigen auch gemäß den Reparationsabkommen verboten. Das Instrument stand damals so wenig zur Verfügung wie heute der einfache Austritt aus dem Euro.

Nur dass damals jedes Land auf sich allein gestellt war?

Wir tun heute weit mehr, um die Krisenländer zu unterstützen. Aber man darf nicht unterschätzen, in welcher Dauerkommunikation Brüning mit London und Washington sowie mit dem Finanzstrich in New York stand. Er führte sich an internationale Vereinbarungen gebunden, viele seiner Maß-

nahmen gingen auf den Druck der Bank of England oder der britischen Regierung zurück.

Die Engländer spielten damals die Rolle von Frau Merkel: Sie sagten dem Krisenland, was es tun soll?

Die Bank of England und die Federal Reserve Bank in New York waren in hohem Maße Meinungsführer. Auf ihre Zustimmung oder Duldung kam es für die Deutschen an. Wenn das Reich je wieder kreditwürdig sein wollte, musste es auf die Empfehlungen dieser Führungsländer eingehen.

„Selbstverständlich gehören zum Schuldenabbau auch höhere Steuern.“

Ökonomisch mag das alles richtig sein. Aber wie kommt man politisch, anders als 1933, über die Phase der Sparpolitik hinweg?

Das ist die zentrale Frage: Kann die Demokratie in kritischen Situationen parlamentarische Mehrheiten für eine Politik herbeiführen, die ökonomisch notwendig ist? Schauen Sie nach Italien: Jeder weiß, es muss etwas geschehen. Aber keine Partei drängt in die Verantwortung. Ist Demokratie eine Schönwetter-Verfassungsform? Bei hohen Wachstumsraten gibt es kaum große Verteilungskonflikte.

Nach dem Zweiten Weltkrieg stöhnten die Alliierten unter ihren Schulden, die Deutschen bekamen sie größtenteils erlassen. Wie wichtig war dieser Schuldenschnitt für das Wirtschaftswunder?

Die enormen Lasten, etwa durch die Integration von 13 Millionen Vertriebenen, wurden dadurch besser tragbar. Wichtiger war der beginnende Ost-West-Konflikt. Dadurch hatten die Alliierten ein dringendes Interesse, Westdeutschland auf ihre Seite zu ziehen.

Das war die psychologische Wirkung des Marshallplans: Wir lassen Deutschland nicht hängen? Politisch war der Marshallplan ein enormes Signal. Er hat wesentlich

dazu beigetragen, die Westdeutschen an die Demokratie heranzuführen. Seine ökonomische Wirkung ist umstritten. Doch meine ich, dass er auch in dieser Hinsicht wichtig war. Er verhalf den Deutschen zu lebenswichtigen Gütern, die sie mangels Devisen nicht kaufen konnten – auch wenn die Gesamtsumme relativ gering war.

Brauchen wir so etwas auch für Südeuropa?

Was ein Marshallplan etwa bei der Reform der griechischen Bürokratie bewirken sollte, ist mir nicht klar. Auch damals haben die Amerikaner nicht einfach nur Geld zur Verfügung gestellt. Die Marshallplan-Verwaltung in Paris war eine Steuerzentrale für alle westeuropäischen Länder. Sie hat die Hilfen nicht pauschal an die Regierungen ausgezahlt, sondern konkret für einzelne Projekte bewilligt.

Haben die deutschen Ökonomen nach all den Erfahrungen der letzten Jahre gelernt, wie wichtig die Wirtschaftsgeschichte ist?

Das haben nach der Finanzkrise viele gesagt. In der Praxis sehe ich nichts davon. Professorenstellen für Wirtschaftsgeschichte werden gestrichen, und die meisten angehenden Ökonomen werden während des gesamten Studiums kein einziges Mal mit Wirtschaftsgeschichte konfrontiert.

Sie sind seit 1970 im wissenschaftlichen Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums. Hat Ihr Rat dort Konsequenzen?

Die Effizienz dieser Beratungsgremien ist mit einem gewissen Fragezeichen zu versehen. Ein kluger Staatssekretär sagte einmal: meine Herren, was Sie mir raten, weiß ich seit langem. Ich brauche aber einen Rat, wie ich es meiner Fraktion klarmache.“ Auch kann es immer noch höherwertige politische Ziele geben. Das muss man als Wissenschaftler akzeptieren. Manchen Ökonomen würde ich gern daran erinnern, was der große Soziologe Max Weber über die Werturteilsfreiheit von Wissenschaft geschrieben hat: Für politische Zielsetzungen sind wir nicht zuständig. Das Gespräch führte

Ralph Bollmann.



Heinrich Brüning (1885–1970)

Foto: Ullstein Bild

Der Doyen der Wirtschaftsgeschichte

Wie kaum ein anderer Historiker hat Knut Borchardt, Jahrgang 1929, zur Revision festgefüger Geschichtsbilder beigetragen. Lange war es unter Fachkollegen gängige Meinung, in der Krise der frühen dreißiger Jahre habe der damalige Reichskanzler Heinrich Brüning die Demokratie in Deutschland kaputtgespart. Borchardt stellte 1979 die heute wieder

aktuelle These auf, zur Politik der Haushaltssanierung habe es keine Alternative gegeben – und löste damit die „Borchardt-Kontroverse“ aus. Der gebürtige Berliner, ein diplomierter Volkswirt, hatte bis zu seiner Emeritierung 1991 zwei Jahrzehnte lang den Lehrstuhl für Wirtschaftsgeschichte in München inne. Am heutigen Sonntag wird er 84 Jahre alt.